

# I Einstimmung

## 1. Die Wiederkehr des hässlichen Deutschlands

In Athen trugen erste Demonstranten seit dem zweiten „Spar“-Diktat der sogenannten Troika von EU-Kommission, EZB und IWF im Sommer 2011 das EU-Sternenkreis-Banner mit einem mittendrin gepinselten Hakenkreuz. In Italien versahen erste Zeitungen Angela Merkel mit Adolfs Schnurrbart.

Bis Sommer 2012, waren sieben Regierungen der EU-Staaten über ihre nationalen „Sparpakete“ zu Fall gekommen und von der „Opposition“ abgelöst worden.

Außer in einigen mitteleuropäischen und den baltischen Ländern, wobei letztere ihre Währungen abwerteten, konnte sich keine Nationalökonomie der EU, verstärkt durch die „Sparpakete“, nachhaltig von der scharfen Rezession 2009 erholen. Während sich im Herbstquartal 2012 sieben Länder in Stagnation zur Rezession hin bewegten, vertiefte sich diese in fünfzehn EU-Staaten. Und im Endquartal 2012 waren die BIPs sämtlicher EU-Staaten geschrumpft. Die Aussichten 2013 sehen nicht besser aus, wie sehr die Wirtschaftsaguren die faktisch andauernde Stagnation auch als „ordentliches Wachstum“ schönzureden versuchen.

Deutschlands beharrliche Politik der „Spardiktate“ brachte die „Partner“ seit Sommer 2011 in Rage. In Italien schrieb eine Berlusconi-Zeitung ein Jahr später vom „Vierten Reich“ und bildete Merkel „mit erhobener rechter Hand ab“. Sie sprach aus, was aus ganz Europa als mehr oder minder lautes Echo bezüglich Deutschlands Weigerung des krisengemäßen Handelns des „leichten Geldes“ der EZB zurück hallt:

„Heil Angela. Das Nein Merkels und Deutschlands lässt uns und Europa in die Knie gehen.“<sup>1</sup>

Angemerkt sei, dass die englische Presse Kanzler Merkel immer mal wieder die wilhelminische Pickelhaube aufsetzt und somit auf Deutschlands selbsterklärten Willen zum Aufstieg zur Weltmacht auf dem Rücken Europas anspielt. Wann ähnliche Symbolik in allen anderen EURO-Hauptstädten und darüber hinaus in den übrigen EU-Ländern auftauchen, scheint nur eine Frage der Zeit.

Dabei denken die Südeuropäer sicherlich nicht, dass in Deutschland Faschismus herrscht. Zu viele haben Verwandte, die nach 1955 nach und nach als im eigenen Lande überflüssige Landbevölkerung Arbeit in Deutschland fanden. Und die zweite und dritte Generation dieser „Gast-“ oder gar „Fremd“-arbeiter genannten Arbeitsemigranten sind deutsche Staatsbürger. Ihre Verwandten in Südeuropa bewundern das „stabile“ deutsche politische System mehrheitlich sowie die starke deutsche Wirtschaft gerade auch im Krisenjahr 2012<sup>2</sup>.

Offensichtlich richtet sich die aktuelle Kritik der Südeuropäer gegen die politische Rolle, die Deutschland als wirtschaftliche Führungsmacht der EU und als bisheriger Gewinner der laufenden Weltwirtschaftskrise in der EU und im EURO-Raum spielt. Die Spardiktate von IWF, EZB und EU-Kommission tragen die Handschrift der dahinter stehenden Nationalstaaten. Und diese haben in Griechenland wie anderswo auch bei jedem lukrativen Geschäft unterschiedliche bis einander entgegengesetzte Wirtschaftsinteressen. Die dabei auftretenden nationalen politischen Machtkämpfe führen auf dem diplomatischen Parkett zu Ergebnissen, welche in der Regel den Einfluss der Staaten hierarchisch nach den Gewichtungen ihrer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einstufen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten unterscheiden sich in vieler Hinsicht nicht wesentlich von privatkapitalistischen Gepflogenheiten. Es gilt unumstößlich, je

1 „Spaniens Bankrott möglich“ – Italien beleidigt Deutschland

2 Studie zur Beliebtheit der Deutschen – Bewundert in der Krise <http://www.sueddeutsche.de/politik/studie-zur-beliebtheit-der-deutschen-bewundert-in-der-krise-1.1368465> 29.05.12

größer die Prozentanteile an einem gemeinsamen Geschäft sind, desto mehr Gewicht hat dieser Anteilseigner. Die Staaten bilanzieren ihre Volkswirtschaften in kapitalistischen Bilanzen und rechnen wie geschlossene Privathaushalte gegeneinander ab. Sie runden das privat-kapitalistische Gläubiger-Schuldner-Verhältnis auf zwischenstaatlicher Ebene ab. Dieses Gläubiger-Schuldner-Verhältnis ist, allgemein gefasst, ein auf wechselseitiger Anerkennung basierendes Abhängigkeitsverhältnis.

Innerhalb einer Nation vermag der Gläubiger den Schuldner notfalls zum Konkurs zu treiben. Allerdings muss er dabei in der Regel selbst Federn lassen und auf Teile seiner Ansprüche verzichten.

Zwischenstaatlich sind Gläubigernationen zu einem Vergleich mit den Schuldnerländern gezwungen, was die Bedingungen der Eintreibung der Schulden betrifft. Weder vermag eine Nation, wie stark sie ökonomisch und somit politisch auch sein mag, die Volkswirtschaft einer anderen Nation aufzukaufen, noch aufzulösen. Der einzige Weg wäre die erzwungene Annexion oder der „freiwillige“ kalte Anschluss des Pleitestaates an den ökonomischen Hegemon – vergleichbar der naturalistisch gesprochen Einverleibung der DDR durch die BRD.

Zurück zum Fall Griechenland: Nun treffen die Sparpakete, die auf Grundlage des dargelegten Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses erzwungen wurden, den Lebensnerv (nicht nur) der griechischen Lohnarbeiter und Kleinunternehmen: Sie hebeln nach dem Urteil vieler Staatsrechtler durch die Eingriffe und Befugnisse der EU-Kommission die dortige Demokratie schon seit 2011 faktisch aus – erst recht seit auf Brüsseler-Diktat hin scheinbar unpolitische Technokraten die Regierungsspitze einnehmen. Die aufgetauchte Hakenkreuz-Symbolik lässt nur die Deutung zu, dass die aktuelle politische Rolle Deutschlands ähnlich gewertet wird wie der Krieg Nazideutschlands zur militärischen Eroberung Europas – existenziell bedrohlich für die eigenen Nationen.

Überall auf der Welt weiß der Durchschnittsmensch, dass niemand auf Dauer „über seine Verhältnisse leben“ kann. Kein Privathaushalt und keine öffentliche Hand. Sparen tut Not; diese Einsicht ist sehr weit verbreitet. Deutschland erscheint in Südeuropa wieder als hässlich, weil es die unumgänglich erscheinende Reduzierung der Staatsschulden in selbstgefälliger Zuchtmeistermanier unhinterfragt als Recht des Stärkeren durchzusetzen sucht. Die als preußisch-anmaßend empfundene Dummdreistigkeit des Personals, das die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands exekutiert, und der Beifall der medialen Claqueure gießen zusätzlich Öl ins neu aufgeflamnte Feuer der nationalistischen Emotionen. Und das deutsche Personal zeigt sich dann erbost, dass die EU-„Partner“ zunehmend harscher zurückkeilen.

Wie sich die 2006 angelaufene Weltwirtschaftskrise im weiteren Verlauf auch entwickeln mag, Deutschlands objektive Rolle als wirtschaftliche Vormacht der EU wird auch die politische Führungsrolle Deutschlands in der anstehenden Periode europäischer „Spar“politik heraustreiben. Die Politiker aller anderen europäischen Länder können ihre hässlichen Vorhaben scheinheilig mit denen des Hauptgläubigers Deutschland begründen und sich bei der Härte ihrer Durchsetzung auf die Härte der Gläubigerländer – vorerst neben Deutschland, Niederlande, Frankreich – und das Schlagwort „Europa“ berufen.

Je stärker die Große Weltwirtschaftskrise auf Grund anhaltender stagnativer Tendenzen oder gar einer tiefen Rezession zu einer politischen Krise umschlägt, desto gründlicher wird erfahrungsgemäß das jeweilige nationale zivil-gesellschaftliche Leben zertrümmert. Hierbei kommt es zu entsprechenden Rückkopplungen des Gürtel-Enger-Schnallens in den Gläubigerländern. Die einhergehende EU-kommissarische Verwaltung ganzer Länder verstärkt die Legitimationskrise der bürgerlichen Politiken in den EU-Ländern zusätzlich. Die Frage nach der Endlichkeit des bürgerlichen Gesellschaftssystems macht sich in einer

solchen Situation wiederum selbst zum Medienhype.<sup>3</sup> Dass sich die lohnabhängige Klasse<sup>4</sup> der betroffenen EU-Staaten die gerade erst aufs Brot gelegte Wurst ohne Gegenwehr nehmen lässt, ist nicht anzunehmen. Deutschland wird umso hässlicher werden, je weniger sich der proletarische deutsche Michel im kommenden Krisenverlauf in die sozialen Kämpfe selbst hinein begibt.

## 2. Die Wiederkehr des hässlichen Deutschen und der neue hässliche Europäer

Der hässliche Deutsche der Gegenwart ist allerdings nicht nur der arroganten Zuchtmeisterrolle der deutschen Politik im EU-Raum geschuldet. Der Rest Europas erfährt in der veröffentlichten deutschen Meinungsmache des Internetzeitalters detailliert den klassenübergreifenden Schulterchluss zwischen den Beherrschten und Herrschenden des Kapitalstandorts Deutschland. Dieser scheint sich demnach noch enger als Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes: als Volksgemeinschaft zu festigen.

Der *Wirtschaftsbürger*, also Steuerzahler, sieht in Deutschland – wie in allen Ländern – mit Empörung, wie immer weniger *Netto vom Brutto* in seiner Geldbörse übrig bleibt, wenn er durch die staatlichen Abgaben geschröpft wird. In dem Moment, wo scheinbar unberechtigte Geldflüsse in andere Länder gehen, kommt sein Charakter als *Staatsbürger* zum Vorschein. Er geriert sich höchst selbst als außenpolitischer Sparkommissar. Demzufolge ist nicht nur die deutsche Politik für so manchen Nachbarn hässlich, sondern die Deutschen wandeln sich wieder einmal zum hässlichen *Staatsvolk*.

Das Staatsvolk des deutschen Wirtschaftsterritoriums ist zusammengewürfelt aus 150 Nationalitäten. Deren mitgebrachte Vorurteile gegenüber anderen Nationen verschmelzen mit den überkommenen deutschen Ressentiments gegenüber anderen Ländern<sup>5</sup>. Heraus kommt ein aufgekochtes (halbfeudalistisches bis rassistisches, biologistisches, jedenfalls) sozialdarwinistisches Arsenal an herabwürdigenden Stammtischparolen des gesunden Menschenverstandes. Es steht zu befürchten, dass das deutsche Staatsvolk aller hier lebenden Nationalitäten mit der Zuspitzung der Krisenerscheinungen wiederum in übelsten deutsch-völkischen Chauvinismus regrediert. Das Arsenal des Hasses und der Verachtung über seine verarmten Nachbarländer füllt sich beängstigend. Falls es geöffnet wird und zum Einsatz kommt, so wäre dies die Fortsetzung und Verschärfung der vielfachen Aufspaltung der lohnabhängigen Klasse am deutschen Standort.

Um das Potential eines neuzeitlichen *Furor Teutonicus* zu begreifen, lohnt ein kurzer Blick auf die kleinen Nachbarländer. Können sich Luxemburger, Belgier, Niederländer, Polen usw. genau so ungeniert zum Zampano aufschwingen, wie die deutschen Wirtschaftsinsassen? Selbst wenn viele dort ähnliche Meinungen und Vorurteile haben wie

3 Wie schnell konservative Publizisten vollends verunsichert sind, zeigt die vernichtende Selbstkritik des sogenannten Neoliberalismus aus der Feder des autorisierten Thatcher-Biographen Charles Moore angesichts der Riots in England 2011. FAZ-Mitherausgeber Schirmmacher pflichtet dem Resümee Moore's hilflos bei, kann jedenfalls kein Gegenargument vorbringen Franz Schirmmacher, „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“ <http://www.faz.net/artikel/C30351/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-30484461.html> 18.08.2011

4 Die lohnabhängige Klasse umfasst sämtliche Individuen von der Wiege bis zur Bahre, die zu ihrem Überleben auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen sind.

5 Man nehme beispielsweise folgenden Kalauer: Heaven is where the police are British, the cooks are French, the mechanics are German, the lovers are Italian and it is all organised by the Swiss. – Hell is where the police are German, the cooks are English, the mechanics are French, the lovers are Swiss, and it is all organised by the Italians. Am Grad seiner spontanen Zustimmung kann der geneigte Leser die eigene ideologische Spur versenkter Vorurteile ermessen.

hier, so vermag noch die populistischste Politik dieser Winzlinge des Weltmarkts kein gewichtiges Wort in der EU- oder gar EURO-Krise anzubringen. Ihr Problem ist umgekehrt die zunehmende ökonomische und politische Vorherrschaft Deutschlands in der EU. Der völkische Chauvinismus von Weltmarktwinzlingen kann zwar den Furor im Inneren entfachen – wie es aktuell Deutschlands ökonomischer und politischer Satellit Ungarn vormacht. In der Regel können Länder mit geringem ökonomischem Gewicht jedoch selbst als regionale Imperialisten ihre Nachbarländer nur soweit dominieren, wie es ins Gefüge der Dispositionen ihres eigenen Hegemons auf dem Weltmarkt passt.

Daraus lässt sich folgern, dass die südeuropäischen, nordafrikanischen und kleinasiatischen Arbeitsemigranten nach Frankreich, Belgien und den Niederlanden von vollkommen anderer nationaler Ideologie umgeprägt wurden als ihre nach Deutschland gezogenen Landsleute. Jedes geschichtliche Ereignis wird von jeder Nation durch die aus ihrer jeweiligen Stellung im Weltmarktgefüge erwachsenen Interessen gewichtet und bewertet. Nachträglich wird es funktional in den Kanon der nationalen Ideologie eingeschmolzen. Jedes nationale Ideologiekonstrukt bezüglich eines jeden anderen Landes ist unterschiedlich je nach nationalen Interessen spezifisch eingefärbt. Zusätzlich modifizieren es geschichtliche Kontinuitäten und Brüche des Verhältnisses je zweier Nationen.

Der spezifische Nationalismus einer jeden Nation ergibt sich also daraus, dass Nationen entgegengesetzte Wirtschaftsinteressen haben, weil sie in ökonomischer Konkurrenz zu einander stehen. Der seit 2008 um sich greifende Protektionismus belegt dies wieder einmal und straft den Glauben der Globalisierungskritiker an das Ende der nationalen Politiken Lügen. Der sogenannte Nationalcharakter der Völker ist demnach ein historisches Produkt und liegt nicht in den Genen ihrer Bürger. Die bürgerlichen Träumer von friedlichen *Vereinigten Staaten von Europa* und einer „gefühlten“ post-nationalen Ära der EU<sup>6</sup> können in ihrem personifizierenden politischen Voluntarismus nicht verstehen, dass die Konkurrenz der *gesellschaftlichen Gesamtkapitale der Nationalstaaten*<sup>7</sup> trotz ihrer intensiven Verflechtungen nicht durch faire Kooperation der Nationen von noch so wohlwollenden Politikern ausgeschaltet werden kann, sondern sich in Phasen ihrer Zusammenarbeit, verdeckt durch die Erfolge aller, verstärkt.

Mit der *Lissabon-Strategie* und Sondermaßnahmenbündeln haben die Staaten der EU, angetrieben vom deutsch-französischen „Motor“, im Jahre 2000 die abenteuerliche Flucht nach vorne angetreten, um den EURO- und EU-Raum konkurrenzfähig für den Weltmarkt

6 So verstieg sich Gregor Gysi in linker Vorturnermanier in der Haushaltsdebatte des Bundestags 2011 gar zu der Behauptung, innerhalb des Euro-Binnenmarktes gäbe es überhaupt keine Exporte mehr zwischen den Nationalstaaten, da der Euro eine Binnenwährung sei (siehe seinen Redebeitrag am 07.09.2011, 123. Sitzung, TOP 1, Einzelplan 04: „Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt“; im [Video](#) ab Minute 9:20, im [Protokoll](#) S. 14476). Dass die Riege der Volkswirte der Bundestags-Fraktion der Partei DIE LINKE, heißen sie nun Schlecht, Troost oder Wagenknecht etc, hierzu nichts Kritisches einzuwenden hatte, verweist auf die linksbürgerliche ökonomie-theoretische Grundlage der Partei DIE LINKE – Lichtjahre zurückgefallen hinter die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie.

7 Der Begriff *gesellschaftliches Gesamtkapital* bestimmt sich nach Karl Marx als jenes funktional-ökonomische Gebilde, welches sich bei der Entfaltung eines nationalen Binnenmarktes herausbildet. Die in einander verschlungenen Einzelkapitale sind funktionale Bestandteile oder Bruchstücke dieses Gebildes, dessen zirkulierendes Wert- und Warenprodukt die Herausbildung des Durchschnitts von Kapitalrenditen, Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit sowie der durchschnittlichen Arbeitskraft usw. tendenziell bewirkt. Auf diesen Begriff trifft das Sprichwort zu *Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht*. Da wir alle, mitten im Geschehen uns bewegend, von lauter Einzelheiten wie Einzelkapitalen, Konzernen, Monopolen, Großbanken gefangen genommen sind, lernen wir den Zusammenhang der gesamtkapitalistischen Reproduktion im nationalen Rahmen überhaupt nicht kennen. Die Volkswirtschaftslehre bestreitet ihn sogar. Siehe Karl Marx, *Das Kapital*, insbesondere Band 2, 3. Abschnitt. Vergleiche: Guenther Sandleben, *Nationalökonomie und Staat*; VSA 2002. Auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wird in Teil 2 dieser Arbeit noch genauer im Zusammenhang der Konkurrenz der EU-Staaten eingegangen.

zu trimmen und zum produktivsten Wirtschaftsraum des Globus zu machen – was unmittelbar gegen den Hauptkonkurrenten USA gerichtet ist. Dass dies nach deutschen Vorstellungen geschieht, ist dem Produktivitätsvorsprung und dem Größenumfang des gesellschaftlichen Gesamtkapitals Deutschlands geschuldet, dessen Machtstellung in der EU auf dem Massenumfang eingesaugter Lohnsklaven beruht<sup>8</sup>. Unweigerlich gibt Deutschland daher den Ländern der EU den Takt der stetigen Erhöhung der „Wettbewerbsfähigkeit“ vor – schlicht und einfach durch die durch Deutschlands „erfolgreiche“ Volkswirtschaft gesetzte Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der EU-Staaten. Auf dem Weltmarkt als des Integrals aller Nationalstaaten warten dann neben den USA und Japan noch die aufsteigenden Nationen Brasilien, Russland, Indien, China (BRIC) auf ihre Restausstattung durch die Maschinenbauhalle Deutschland. Dann werden alle gemeinsam und gegeneinander auf neuer Stufenleiter in die strukturelle Überproduktionskrise des Kapitals<sup>9</sup> als Ausdruck der Gesamtheit der Widersprüche der Nationalökonomien hineinsteuern. Dies wird kaum ohne das Aufkommen eines weltweiten Wirtschaftschauvinismus und zunehmendem Säbelrasseln zu haben sein.

Um das Verhalten der Wirtschaftsinsassen eines Nationalstaates als Wirtschaftsbürger und zugleich Staatsbürger zu illustrieren, greifen wir in die Science-Fiktion-Mottenkiste:

Das gesellschaftliche Gesamtkapital einer jeden Nation transformiert den Doppelcharakter der Individuen als *Wirtschafts- und Staatsbürger* nach seinem Ebenbild. Mittels der *ökonomischen Matrix* des jeweiligen gesellschaftlichen Arbeitsprozesses werden sie tendenziell zu hocheffizienten *technisch versierten Termiten* (Wolfgang Pohrt) des Einzelbetriebs umgeformt. Diese ökonomische Matrix hält den Einzelnen trotz seiner objektiven Kooperation als Teilarbeiter des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und trotz des gesell-

---

8 Deutschlands gesellschaftliches Gesamtkapital hatte 2011 das Kommando über fremde Arbeit von circa 40 Millionen Arbeitskräften und saugte circa 45 Milliarden Stunden Arbeitszeit aus ihnen heraus. Dieser Gesamtumfang der gesellschaftlichen Arbeit vergegenständlichte sich in einer neugesetzten Wertmasse von ca 3 Billionen Euro, deren Verteilung das BIP ungefähr widerspiegelt. Zum Vergleich: Großbritanniens (29 Mill. Erwerbstätige), Frankreichs (25 Mill.), Italiens (22 Mill.), Spaniens (18 Mill.) und der Niederlande (8 Mill.) nationale Gesamtkapitale können also mit viel weniger ausgepressten Lohnsklaven nie das Wertvolumen und somit die Mehrwertmasse der BRD erzeugen. Siehe: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsi\\_emp\\_a&lang.de](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsi_emp_a&lang.de) Dass das Ganze der Lohnarbeitsverhältnisse komplizierter ist und klar zwischen (kapital-)produktiver und unproduktiver Arbeit unterschieden werden muss, kann hier leider nicht verhandelt werden. Jedenfalls gibt es Untersuchungen, wonach nur die Hälfte der oben genannten 45 Milliarden Arbeitsstunden produktiv im Sinne des Kapitalismus ist. Siehe: Stefan Krüger, *Konjunkturzyklus und Überakkumulation. Wert, Wertgesetz und Wertrechnung für die Bundesrepublik Deutschland, VSA, 2007.* Die Privatisierungen öffentlicher Betriebe verwandelt übrigens massenhaft vorherige unproduktive in produktive Arbeit. Was den gegenwärtigen Heißhunger der Bourgeoisie auf Privatisierungen erklärt. Ebenso ist das „Outsourcing“ vieler notwendig, jedoch unproduktiver Arbeiten der Industriebetriebe zu kapitalproduktiven industrienahen „Dienstleistungs“-Branchen, wie Catering, Gebäudereinigung etc. „mutiert“.

9 Das Kapital erweist sich in regelmäßig zyklischer Form alle 7 bis 10 Jahren als seine eigene innere Schranke. Es produziert Warenmassen über die Marktsättigung hinaus, um diese dann vernichten und überflüssige Fabrikkapazitäten verschrotten und überzählige Arbeitsleute aufs Pflaster werfen zu müssen. Mit anderen Worten, es gehört zur inneren Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion, blind regelmäßig in mehr oder weniger scharfe Überproduktionskrisen von Kapital zu steuern. Vgl. zur Analyse der zyklischen Krisen Karl Marx, *Das Kapital*, alle 3 Bände. Siehe Guenther Sandleben, *Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit*, Norderstedt (BoD) 2011. Zu Fragen der strukturellen Überakkumulation des Kapitals, die als Verteilungsfrage erscheint, Vgl.: Stephan Krüger (2010): *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse*, Band 1. VSA Verlag

schaftlichen Charakters der daraus entspringenden Produktivkraft des Arbeitsprozesses<sup>10</sup>, zugleich blind bezüglich des gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozesses.

Die *politische Matrix* des jeweiligen nationalen Gesamtkapitals versucht, die soziale und politische Spaltung der arbeitenden Klasse durch die Klasse selbst auf der Grundlage der Konkurrenz der Arbeitskraft-Besitzer zu entfachen. Unbedingt muss verhindert werden, dass sie sich als politisch bewusste Klasse-für-sich vereinigt. Denn dann vermögen die Malocher ihr technisch borniertes Termitendasein abzuschütteln und die Matrix nach menschlichem Maß umzuprogrammieren. Diese Gefahr entsteht für die Bourgeoisie gerade mit zunehmendem Klassenkampf in zugespitzten Krisen wie heute. Das gilt es propagandistisch zu verhindern und stattdessen als letzten Strohalm die individuellen Regressionsmomente des Rückgriffs auf die nationale Identifikation zu stimulieren. Die besonderen in- und ausländischen nationalen Interessen des Privateigentums werden dann als allgemeine gesellschaftliche Interessen nicht mehr nur propagiert, sondern der Staatsbürger springt selbst – als materieller Krisengewinnler und zugleich ideologisches Opfer der herrschenden Gedanken als der Gedanken der Herrschenden – für sie in die Bresche. Dadurch hofft er sich selbst als hiesiger Wirtschaftsbürger zu retten.

Das Hässlicherwerden des Deutschen ist demnach vorprogrammiert. Dabei sind die Deutschen – wie die anderen Völker auch – in prosperierenden Zeiten eher Biedermänner als Brandstifter. Brandstifter wurden die Deutschen zweimal, als das nationale Gesamtkapital im militärischen Anlauf zur Weltmacht den Ausweg aus kapitalistischen Überproduktionskrisen suchte. Da lag die Zeit der *hässlichen* Spanier, Portugiesen, Niederländer, Engländer schon im Dunkeln bürgerlicher Geschichtsschreibung, wo sie zu nationalen Heldentaten umgedeutet wurden.

Seit den Maastricht-Verträgen ist inzwischen der *hässliche Europäer* einer neuen Qualität entstanden. Die EU-Staaten bauen die *Festung Europa* des sogenannten *Schengen-Abkommens*. Die Bürger der EU-Staaten hausen in einer Festung, an deren Seegrenzen tausendfach jene Arbeitsemigranten ersaufen und verrecken, welche den vorgeschalteten Auffanglagern in Afrika entkamen. Und jene, die durchkommen, laufen Gefahr, in Abschiebeknäste gesteckt zu werden und umgehend zwangsdeportiert den Häschern zu Hause zu Folter und Mord übergeben zu werden. Den hässlichen Europäer zeichnet aus: Er trägt Demokratie und Menschenrechte als Werte des christlichen Abendlandes plakativ vor sich her und gleichzeitig bestätigt er durch Stillschweigen sein Einverständnis mit dem üblen Treiben seiner jeweiligen Regierung und dem EU-Apparat. Wenn wir den Schaum vorm Mund des rauschenden deutschen Blätterwaldes beim jährlichen Ritual von Mauerbau, Stacheldraht und Mauertoten mit dem geschlossenen Schweigen im Blätterwald der EU-Staaten bezüglich FRONTEX<sup>11</sup> vergleichen, dann wissen wir, wessen Kind jene Freiheit

10 Zur Gesellschaftlichkeit der individuellen Arbeit: „Sie entspringt aus der Kooperation selbst. Im planmäßigen Zusammenwirken mit anderen streift der Arbeiter seine individuellen Schranken ab und entwickelt sein Gattungsvermögen“. [MEW 23, S. 349](#)

11 Seit Beginn der Aufstände in Nordafrika hatten bis August 2011 mindestens 1000, nach einigen Schätzungen sogar mehr als 1600 Flüchtlinge im Mittelmeer ihr Leben lassen müssen. Dennoch blieben die EU-Staaten bei ihrer harten Haltung: Schutzsuchenden wurde keine Einreise in die EU gewährt. Stattdessen wurde und wird die Abschottung mittels der Grenzschutzagentur FRONTEX ausgebaut, ein EUROSUR genanntes System soll die perfekte Überwachung der Seeaußengrenzen der EU vom Schwarzen Meer bis Gibraltar gewährleisten. Die Innenminister der EU-Partner watschten unter deutsch-österreichem Vorsprech im März 2012 Griechenland wegen der „offenen“ Grenzen zur Türkei ab. In: Friedrich verärgert über griechische Grenzpolitik [http://www.focus.de/politik/ausland/offen-wie-einscheunentor-eu-staaten-fordern-besseren-grenzschutz-von-griechenland\\_aid\\_721922.html](http://www.focus.de/politik/ausland/offen-wie-einscheunentor-eu-staaten-fordern-besseren-grenzschutz-von-griechenland_aid_721922.html) Mit der für das *Schengen-Abkommen* ungünstig zerklüfteten geographischen Lage Griechenlands als süd-östlicher Flanke der EU rückt übrigens *einer* der geopolitischen Gründe in den Fokus, der das unbedingte Festhalten des Hegemons Deutschland an der Mitgliedschaft Griechenlands in der EURO-Zone verständlich macht.

ist, die sie meinen. Der EU-Wirtschaftsbürger hofft, seinen Lebensstandard zu sichern, indem er den Staatsbürger *Gnadenlos* der abscheulichsten Sorte von *Menschenpack* spielt.

Vor diesem sozial-chauvinistischen Hintergrund in den EU-Ländern kann der sich in der laufenden Weltwirtschaftskrise zusammenziehende Gordische Knoten des Kampfes um die Neuaufteilung des Weltmarkts von der bürgerlichen Politik nach geschichtlicher Erfahrung nur unter großen gesellschaftlichen Erschütterungen durchschlagen werden. Der Größenumfang der gegenwärtig weltweit auflaufenden faulen Kredite hat das Potential, im Falle des temporären Zusammenbruchs des Weltkreditsystems dem hässlichen Europäer nicht nur die Wurst vom Brot zu nehmen, sondern seine lohnarbeitende Existenz massenhaft zu vernichten.

Dann wird sich der hässliche Europäer in allen EU-Staaten nach menschlichem Ermessen in *regressives* und *progressives* Menschenpack spalten – wie es schon im Vorfeld seit 2011 in den südeuropäischen Ländern geschieht. Dies vermag zum Weckruf für die lohnabhängige Klasse aller europäischen Länder umschlagen, ihre eigenen Spaltungen zum Klassenkampf hin zu überwinden, um überhaupt zur geordneten Defensive des Abwehrkampfes um ihre bloße Existenzsicherung zu gelangen. Sollte dies gelingen, so treiben die Klassenkämpfe der Sache nach über reine Defensivforderungen hinaus. Und das europäische Proletariat stellte sich somit selbst vor die Alternative, doch noch selbstbewusst die allgemeine Systemkrise geschichtlich progressiv nach vorne in Richtung einer freien, klassenlosen und daher staatenlosen Weltgesellschaft aufzulösen. Angesichts des gegenwärtigen desolaten Zustands der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung in Europa ist dieser Ausblick zwar kaum vorstellbar. Aber es ist im geschichtlichen Maßstab auch nicht auszuschließen, dass der Europäer und insbesondere der Deutsche die scheinbare Unausweichlichkeit seines Hässlicherwerdens im Zuge der Krisenverschärfung diesmal doch abzuwenden vermag.

Jedenfalls wird sich das Proletariat des deutschen Wirtschaftsterritoriums nächstens kaum mit dem Kopf-im-Sand-Versteckspiel weiterhin aus der Affäre ziehen können. Schon früh stellt Karl Marx bezüglich des Verhältnisses von proletarischem Bewusstsein und der geschichtlich vorgegebenen Notwendigkeit klar:

„Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs, wie die kritische Kritik zu glauben vorgibt, weil sie die Proletarier für *Götter* halten. Vielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem *Schein* der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische *Not* – den praktischen Ausdruck der *Notwendigkeit* – zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne *alle* unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben. Es macht nicht vergebens die harte, aber stählende Schule *der Arbeit* durch. Es handelt sich nicht

darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was* es ist und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.<sup>12</sup>

Das Wechselverhältnis von Krise und Revolution fasst Marx wenig später so:

„Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln (...) kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten. (...) Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“<sup>13</sup>

Die Auffassung des historischen Materialismus von Geschichte als objektivem historischem Prozess<sup>14</sup> umfasst stets zugleich die Alternativen einer erfolgreichen Selbstbefreiung des Proletariats wie einen weiteren Schub der Barbarei. Die bisherige Geschichte gibt wohl eher der Akzentsetzung Heinrich Heines im Zusammenhang der Julirevolution 1830 in Frankreich recht – wonach eine Revolution schon ein Unglück, aber ein noch größeres Unglück eine verunglückte Revolution ist – als Rosa Luxemburgs für linksradikale Ungeduld beliebte Dichotomie, dass die Revolution großartig und alles andere Quark sei.

Auf Grundlage der hegemonialen EU-Stellung des nationalen Gesamtkapitals Deutschlands ist das Proletariat des Standorts Deutschland von seinem *Größenumfang* her die entscheidende Kraft für eine erfolgreiche Neuaufnahme proletarisch-revolutionärer Bestrebungen in Europa. Marschiert es nicht im proletarisch internationalen Namen, sind die Proletarier-Abteilungen aller anderen EU-Länder letzten Endes ebenso verloren. 1914 hatten ihre Organisationen das deutsche Proletariat das erste Mal unter Verrat ihres internationalistischen Schwurs mit der deutschen Bourgeoisie gegen die Proletarier der anderen europäischen Länder marschieren lassen. 1939 marschierten die deutschen Proletarier, vereint in der deutschen Volksgemeinschaft ein zweites Mal im Militärstiefel gegen Resteuropa. Diesmal droht ein kaum vorhersehbarer Europa-Ritt als vereinte sozialchauvinistische Volksgemeinschaft – als neue Ausformung des hässlichen Deutschen.

### 3. Deutschlands Notwendigkeit einer Großraumwirtschaft

Die Ideologie und Praxis des hässlichen Deutschen ist historisches Produkt der problematischen Stellung des deutschen Kapitals als Nachzügler am kapitalistischen Weltmarkt des 19. Jahrhunderts. Der moderne Weltmarkt samt Kolonialreichen wurde seit dem 16. Jahrhundert ständig durch Seeschlachten, Freibeuterei, Plünderung, Brandschatzung seitens der Nachzügler gegen die jeweilige Hauptmacht neu aufgeteilt. Aggressive Kanonenbootpolitik samt Annexionen waren damals die *unhinterfragten* Gewaltmittel der sich herausbildenden Nationalstaaten, sich mittels des „natürlichen“ Rechts des Stärkeren ein gehöriges Stück Kuchen des Weltmarkts zu sichern.

12 Karl Marx, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, [MEW Bd. 2, S. 38](#)

13 Karl Marx, Friedrich Engels, Revue, [MEW Bd. 7, S. 440](#)

14 Die kritischen Kritiker der sogenannten Wertkritik und die Anhänger der „Neuen Marx-Lektüre“ rümpfen ihre feinen neukantianischen Näschen ob solch abgestandenen „objektivistischen“ Revolutionsquarks. Die proletarische Emanzipationsperspektive liegt ohne jedes Revolutionspathos auf der von jenen attentistischen Feingeistern pejorativ abgetanen „geschichtsphilosophischen“ Linie von Marx und Engels, wie sie im ontologischen Ansatz von Fußnote 8 zum Ausdruck kommt.



Gegenwärtig sind wir *objektiv* mittendrin im dritten Anlauf Deutschlands zur Eroberung einer Weltmachtrolle – die USA und GB sprechen von der *neuen deutschen Frage*. Hierin ist das Gelingen des *Zuerst-Europa* die Voraussetzung für das deutsche Phantasma *und-dann-die-ganze-Welt*.

Folgend werden die drei Anläufe durch Zitate nur äußerst knapp charakterisiert. Dies soll zunächst hinreichen als erste Schlaglichter auf Kontinuität und Brüche/Unterschiede in der deutschen Geschichte nach 1871, was das Dilemma eines zu kleinen nationalen Binnenmarktes bei besetztem Weltmarkt angeht und den modifizierten deutschen Konzepten einer europäischen Großraumwirtschaft. Wie dabei die *deutsche Ideologie* zur Blüte kommt, ist allerdings eine wichtige Essenz unserer Argumentationslinie, die nach und nach herausgearbeitet wird.

Um 1845:

Schon vor der Gründung des zweiten Deutschen Kaiserreichs 1871 sieht sich der *Deutsche Bund* und dessen *Zollunion* vor die Tatsache gestellt, überall auf protektionierte Märkte für die eben erst in Gang gesetzte deutsche Industrie zu stoßen. Im Rahmen des nachhinkenden zerstückelten Deutschland hatten Preußens ostelbische Junker keine Chance, das überschüssige Getreide zu exportieren.

Beim Recherchedienst German-Foreign-Policy heißt es im Historischen Archiv:

„In der Phase der Konstituierung des Deutschen Zollvereins (1834) entstanden erste Pläne für eine europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung.

Die Manufakturationen Preußen und Österreich sollten dabei die Hegemonie über ein Gebiet von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer übernehmen. Den Ländern Ost- und Südosteuropas wurde der Status von Agrar- und Rohstoffproduzenten zugeschrieben. Gleichzeitig sollten sie als deutsche Absatzmärkte und als Handelsbrücke in den Nahen Osten dienen. Gebiete Afrikas und Lateinamerikas waren als ‚*Ergänzungszonen*‘ vorgesehen.

Mit diesem Kontinentalimperialismus wurde eine deutsche Großmachtstellung in Konkurrenz zu Rußland und den Seemächten Großbritannien und Frankreich beabsichtigt. Als Grundlage der wirtschaftlichen Durchdringung weiter Teile Ost- und Südosteuropas galt neben der Kontrolle der Donau der Bau von Eisenbahnlinien, den preußische und österreichische Kapitalgeber in dieser Periode in großem Maße vorantrieben.<sup>15</sup>

Als Ideologe des wirtschaftlich zurückgebliebenen, feudalen deutschen Flickenteppichs schrieb der Nationalökonom Friedrich List 1846, sich an die damals mächtigste Nation Großbritannien anbietend:

„Der herrschende Teil der Völker dieser Erde hat seit einiger Zeit angefangen, sich mehr und mehr nach ihrer Abstammung voneinander auszuscheiden (...) daß man in politischer Beziehung von einer deutschen, einer romanischen und von einer slawischen Rasse spricht; allein diese Unterscheidungen scheint großen Einfluß auf die praktische Politik der Zukunft üben zu sollen. An der Spitze der drei Rassen stehen England, Frankreich und Rußland... Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Rasse durch ihre Natur und ihren Charakter von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgabe bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten, wilde und barbarische Länder zu zivilisieren und die noch unbewohnten zu bevölkern, weil keiner der beiden anderen Eigenschaften beiwohnt, in Masse nach fremden Ländern auszuwandern, dort ... vollkommene Gemeinwesen zu gründen und sich von dem Einfluß barbarischer und halbbarbarischer Urbewohner freizuhalten.“<sup>16</sup>

15 <http://www.german-foreign-policy.com/de/hist-archiv/dgw/>

16 Friedrich List, Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland, Ausgabe 6142 von Reclams Universal-Bibliothek, 1920

Lists Traum des „artgleichen“ Zusammengehens der großen englischen Flotte und Kolonien mit dem idealistisch projizierten Teutschland war typischer Ausdruck deutsch-völkisch vulgarisierter Nationalökonomie. Hier drängte das rassegetränkte Denken der Geistesgrößen nicht nur Deutschlands – als herrschafts-ideologische Übergangsform feudaler Blutsgemeinschaft zu sich heraus differenzierenden Nationalstaaten – in die politische Praxis. Die maßlose Überhöhung selbst zu gewiesener Eigenschaften speist sich aus dem feudalistisch zurückgebliebenen deutschen Selbstverständnis von Nation als *Kulturnation* ohne eigenen bürgerlichen Nationalstaat. Da werden selbst die armutsbedingten Auswanderungswellen aus Deutschland nach Amerika noch funktional für deutsche Größe umgedeutet. Das praktische Befangen sein im Anerkennungsverhältnis von Obrigkeit und Untertan ließ das Verhältnis von der Gleichheit der Bürger und bürgerlichem Staat denkerisch höchstens rein abstrakt zu, da das Sein nun einmal das Bewusstsein bestimmt. Deutschland wurde nicht territorial begrenzt als Nationalstaat gefasst, sondern: Deutschland ist überall, wo Deutsch gesprochen wird, also auch in Gegenden Südosteuropas und „Amerikas“.

AKT eins: Ab 1870 bis Ende 1918:

Entfaltung und erstes militärisches Austoben des hässlichen Deutschen

Deutschland stieg nach 1900 zur führenden Industrienation Kontinentaleuropas auf. Trotz oder gerade wegen der 1871 erfolgten Annexion Elsass-Lohringens war der mit der Reichsgründung erstmals geschaffene *nationale* deutsche Binnenmarkt viel zu eng für die industrielle Massenproduktion von Waren.

Exemplarisch auch im Sinne der Kontinuität des daraus folgenden deutschen Vormachtstrebens in Europa stehe die dreiste Konzeption eines *liberalen oder gar ethischen Imperialismus* deutscher Färbung vom Pfaffen Friedrich Naumann in seinem 1915 herausgegebenen Bestseller *Mitteleuropa*<sup>17</sup>. Dort popularisiert der damalige Führer der Liberalen und gegenwärtige Namensgeber der FDP-Stiftung säuselnd die Annexionsgelüste des deutschen Militarismus. Er propagiert als Kriegsziel das *römische Imperiumsmodell*<sup>18</sup> aus der Zeit der Paulskirche von 1848: den Kern bilden Österreich-Ungarn und Deutschland. Das prospektiert besiegte Frankreich sowie Belgien und Niederlande und die Schweiz sollten mit diesem Kerneuropa in Zollunion treten. Bei Naumann liest sich dies inhaltlich wie folgt: elastisch sollten alle anderen Staaten an den Kern herangeführt werden, Nahziel: *völkisch* organisierte Großraumwirtschaft zwischen Nordsee und Adria, dort Durchsetzung der deutschen Arbeitsweise – Pünktlichkeit, Disziplin, Ausdauer, Präzision. „Die deutsche Wirtschaftskonfession (sic!) soll der Charakter von Mitteleuropa werden“, es werde „im Kern deutsch sein“. Naumann verpfaßte dabei die deutschen Kriegsziele, wie sie Kanzler Bethmann Hollweg am 9. September 1914 in seinem *Septemberprogramm* vorgelegt hatte:

„Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen

17 Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915

18 Vgl. auch: Friedrich List, *Das nationale System der politischen Ökonomie* (1841) In: *Schriften, Reden, Briefe* Band VII, hrsg. von Friedrich Lenz – Neudruck Aalen: Scientia-Verlag, 1971.

Im historischen Archiv von gfp wird diese Schrift so eingeordnet:

„Die Geburtsstunde der deutschen Nationalökonomie ist auch die Geburtsstunde der Pläne eines deutschen Kontinentalimperialismus und des Konzepts der europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung. Die Länder Ost- und Südosteuropas sollten auf die Stufe von Agrar- und Rohstofflieferanten degradiert werden. Der Autor Friedrich List gilt bis heute als ‚Vater der deutschen Nationalökonomie‘“  
<http://www.german-foreign-policy.com/de/hist-archiv/dgw/>

Für eine vernichtende Kritik obiger vulgärer Kathederschrift siehe: Karl Marx, Über F. Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie“. In: *Kritik der bürgerlichen Ökonomie : Neues Manuskript von Marx und Rede von Engels über F. List*, Berlin (West), VSA 1972, S. 7-43.

kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“

Die räuberische militärische Verwüstung Europas 1914 – 18 sah der deutsche Militarismus als natürliches Recht des Stärkeren, der höheren Rasse zur Durchsetzung eines weltpolitisch gerechten Platzes an der Sonne<sup>19</sup>.

AKT zwei: Zwischen 1919 und 1945:

Anbahnung und ungeahnt barbarisch militärisches Austoben des hässlichen Deutschen

An dieser Stelle sei nur die objektive Problemlage zu kleiner nationaler Binnenmärkte Europas prägnant umrissen:

„Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.“

Carl Duisberg, IG Farben, am 24.3.1931

AKT drei in Actu: Ab 1989:

Kenntlich-werden des ökonomisch-politischen dritten Anlaufs Deutschlands zur Weltmacht mit dem Entwicklungspotential zum hässlichen Deutschen

„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“

Kanzler Kohl in seiner Regierungserklärung 1991

„Es ist doch klar, ihr Deutschen wollt nicht Deutschland in Europa verankern. Ihr wollt den Rest Europas in Deutschland verankern.“

Maggie Thatcher, Ende 1993 im Spiegelinterview

„Die bösen Geister der Vergangenheit seien keineswegs gebannt, sie könnten immer wieder zurückkommen, warnte der CDU-Politiker. „Europa bleibt eine Frage von Krieg und Frieden und der Friedensgedanke also das Bewegungsgesetz der europäischen Integration.““

28. Februar 2012 Kohl im Brief an BILD<sup>20</sup>

19 Die Wortprägung „Platz an der Sonne“ steht für den deutschen Anspruch auf eigene Kolonien, nachdem die Welt allerdings schon von anderen kolonisiert war. Der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Reichskanzlers Bernhard von Bülow sagte in einer Reichstagsdebatte am 6. Dezember 1897 im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialpolitik: „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“

Es passt wie die Faust aufs Auge deutscher Selbstgerechtigkeitsmechanismen, dass dieses Motto seit der Bonner Republik als Label für die erfolgreichste Fernsehlotterie für „gute Zwecke“ herhält.

Bezüglich Weltkrieg I siehe: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Fischers Hauptschuldthese wurde entgegengearbeitet; sie wurde entkräftet, ohne sie substantiell zu treffen. Siehe: Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, München 1997; Konrad Canis: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914. Verlag Ferdinand Schöningh. Dominik Geppert rezensiert auf faz-net am 12.02.2012 diesen letzten Band von Canis mehrbändiger Geschichte der deutschen Außenpolitik von 1870 – 1914 mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs dahingehend, dass das deutsche Reich nur auf eine begrenzte Hegemonie aus gewesen sei. Siehe; Konrad Canis: Der Weg in den Abgrund – Der reale Kern der Einkreisungsängste <http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/konrad-canis-der-weg-in-den-abgrund-der-realer-kern-der-einkreisungsangste-11646899.html>

20 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/altkanzler-helmut-kohl-europa-bleibt-eine-frage-von-krieg-und-frieden/6263060.html>

Das zweite und das dritte Zitat kennzeichnen die beiden Extreme, zwischen denen – wie im Verlauf des Gesamttextes gezeigt werden wird – das EU-Projekt von Anfang an oszillierte und durch die offen angestrebte deutsche Weltmachtrolle seit 1990 (erstes Zitat) so richtig in Fahrt kam. Wie richtig Frau Thatcher bis heute lag, wird täglich offensichtlicher.

Was die Frage von Krieg und Frieden in Europa betrifft:

Diese Drohung kommt nur aus dem Munde deutscher Regierungschefs – verstärkt nach 1990. Sie soll das eigene deutsche Völkchen hinter den deutschen Integrationskurs der EU scharen. Das Ausland braucht die sich wiederholende deutsche Drohung erst gar nicht. Europa wurde ja mehrmals plattgemacht durch wahnwitzige deutsche Selbstüberschätzung gerade bezüglich der eigenen militärischen Potenzen. Die Staaten sind nicht zum Spaß in militärischen Bündnissen zusammengeschlossen. Deutschlands militärische Zwergenhaftigkeit beruhigt ganz Europa ganz ungemein. Die EU-Staaten unterlaufen ständig die Anforderungen Deutschlands zu verstärkter gemeinsamer Außenpolitik, Aufrüstung und Verteidigungspolitik als EU. Die Frage der tatsächlichen Kriegsgefahr im Falle des Zerfalls der EU wird in den nachfolgenden Erörterungen mehrmals als Knotenpunkt neu aufgeworfen und reflektiert und so Stück für Stück genauer eingekreist.

Beide vergangenen Phasen deutscher Hässlichkeit der Verwüstung Europas durch den deutschen Militärstiefel entsprangen der unabwendbar *objektiven* Notwendigkeit des Überlebenskampfes der deutschen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt durch die Herstellung zumindest einer europäischen Zollunion – am besten einer europäischen Großraumwirtschaft nach deutscher Vorgabe<sup>21</sup>. Auch der jetzige potenziell hässliche Versuch der Durchsetzung einer deutschen Weltmachtrolle mittelst Drucks zur Herstellung der *Vereinigten Staaten von Europa* (VSE) ist diesem Dilemma geschuldet.<sup>22</sup>

Die politischen Durchsetzungsformen der drei Zuerst-Europa-und-dann-die-ganze-Welt Projekte Deutschlands unterscheiden sich ebenso gewaltig wie das jeweilige politische und ökonomische Personal. Allerdings hatte und hat dieses Personal keine Wahl, den Pro-

21 Vgl.: Carl Schmitt (1941): Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für Raumpfremde Mächte: Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, 4. Aufl., Berlin

22 Der aus der gegenwärtigen ökonomischen Überlegenheit Deutschlands gespeiste Duktus des „gütigen EU-Hegemons“ hat unter dem Label der europäischen Wertegemeinschaft: Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte (und so), sein entsprechendes Verkaufspersonal gefunden:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es macht mir Sorge, wenn die Rolle Deutschlands im europäischen Prozess augenblicklich bei einigen Ländern Skepsis und Misstrauen auslöst. Die Tatsache, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung zur größten Wirtschaftsmacht in der Mitte des Kontinents aufstieg, hat vielen Angst gemacht. Ich war erschrocken, wie schnell die Wahrnehmungen sich verzerrten, als stünde das heutige Deutschland in einer Traditionslinie deutscher Großmachtspolitik, gar deutscher Verbrechen. Nicht allein populistische Parteien stellten gar die deutsche Kanzlerin als Repräsentantin eines Staates dar, der heute angeblich wie damals ein deutsches Europa erzwingen und andere Völker unterdrücken will.

Doch ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in den Nachbarländern: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde. Bis jetzt hat sich die Gesellschaft rational und reif verhalten. In Deutschland fand keine populistisch-nationalistische Partei in der Bevölkerung die Zustimmung, die sie in den Deutschen Bundestag gebracht hätte. Aus tiefer innerer Überzeugung kann ich sagen: Mehr Europa heißt in Deutschland nicht: deutsches Europa. Mehr Europa heißt für uns: europäisches Deutschland!“

So Bundespräsident Pastor Gauck am 22.02.2013 in „Perspektiven der europäischen Idee“. Eine Grundsatzrede über Europapolitik. – Und wenn die Krise morgen andere „politische Gestalter“ nach oben spült? Wovon der Herr auch immer tief innerlich überzeugt sein mag, Tatsache ist: die Länder Europas werden tagtäglich ökonomisch und politisch zu einer arbeitsteiligen Großraumwirtschaft nach Maßgabe des deutschen Gesamtkapitals umgemodelt. „Europäisches Deutschland“ wäre gar die Vollendung hiervon. Kein Europäer, der noch recht bei Trost ist, würde diesem deutschen Versicherungsvertreter bei all seinen gottgestützten Seherqualitäten einen Versicherungsschein über die ewige Güte des EU-Hegemons abkaufen.

zess einer geopolitisch gestrickten europäischen Großraumwirtschaft mit Deutschland als Gravitationszentrum einfach abzulehnen – bei Strafe des völligen Bedeutungsverlusts Deutschlands am Weltmarkt.

Im 19. Jh. hätte die historische Schule rassenideologisch vom „tragischen Schicksal und der natürlichen Aufgabe der Deutschen“ gesprochen, den europäischen Flickenteppich von Nationalstaaten wenn nötig gewaltsam zu einen, um den „aufsteigenden Racen“ des 21. Jahrhunderts gemeinsam als „weiße Langnasen“ die hohe (oder war’s die hohle?) Stirn entgegen zu setzen.

Was jene Generationen von Insassen des deutschen Wirtschaftsraum der zwei ersten deutschen Anlaufversuche zur Weltmacht betrifft, so lässt sich jedenfalls an dieser Stelle schon sagen, dass die damaligen Proleten keineswegs ein hässliches Deutschland und dessen imperiale Weltmachtrolle herbeisehnten. Vielmehr waren sie beide Male vermeintlich auf dem Wege zu einer besseren Welt jenseits des Kapitalismus. Das Proletariat wurde beide Male auf diesem Weg ausmanövriert: das erste Mal durch die eigenen nationalen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, das zweite Mal durch die katastrophalen Politikdirektiven der dritten Internationalen. Im ersten Falle liefen die Proletarier der Bourgeoisie als Kanonenfutter in die Arme, im zweiten Falle zerschlugen die NS-Organisationen die Arbeiterbewegung und die Proletarier reihten sich in die Volksgemeinschaft ein. Nur so konnte Deutschland sich im ersten Weltkrieg zum seinen europäischen Nachbarn verhassten Aggressor aufschwingen. Und dann initiierte sich die deutsche Volksgemeinschaft ab 1933 durch proletarisches Blut watend und im antisemitischen Taumel als alle Vorstellungen sprengender hässlicher Usurpator ganz Europas. Zweimal wurde es nichts mit der deutsch-europäischen Großraumwirtschaft.

Zum Abschluss des Gesamttextes wird erst ausführlicher darauf eingegangen, wie das Proletariat und seine Organisationen sowohl damals agierten als insbesondere wie die Proletarier im Deutschland des gegenwärtigen dritten Anlaufs zur Weltmacht mittels der ökonomischen und politischen Stärke der erhofften VSE agieren.

Die arbeitsteilige europäische Großraumwirtschaft als ökonomische Grundbedingung der VSE ist jedenfalls beim laufenden dritten Anlauf Deutschlands zu seiner „natürlichen“ Weltmachtrolle mit dem noch „unvollendeten“ EU-Binnenmarkt sowie den Politiken der *Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion* (EWWU) schon weit nach Maßgabe des deutschen Gesamtkapitals gediehen. Nun ist die Phase der politischen Neuordnung Europas nach deutscher Vorstellung im vollen Gange. Der Druck Deutschlands auf die EU-„Partner“ zur noch tieferen europäischen *politischen* Integration wird die Schmerzgrenzen des Souveränitätsverlustes der EU-Nationalstaaten und deren nationalen Abwehrmechanismen hervortreten lassen – übrigens ein höchst spannender Abschnitt der Geschichte zur theoretischen Reflexion der Notwendigkeit oder des Zufalls der Vielzahl der Nationalstaaten.

#### 4. Die Kerneuropa-Modelle der deutschen Großmachtstrategen

**D**eutschland sieht sich selbst seit 1871 als kommende europäische Vormacht. Daher sah und sieht es die Neuordnung Europas als seine „natürliche“, selbstverständliche Aufgabe. Also mussten entsprechende ideologische Konzeptionen und Strategien ihrer Umsetzung her. Sie griffen naturwüchsig feudal auf das *römische Reich deutscher Nation* zurück.

Mit der Selbsterhebung zum *zweiten Deutschen Kaiserreich* im besetzten Versailles posaunte Deutschland 1871 die gedachte und erhoffte feudale Kontinuität mit dem ersten Deutschen Kaiserreich der Ottonen, Staufer und Salier vor und nach 1000 u. Z. in alle

Welt hinaus. Preußens Armee belagerte derweil Paris, kurz darauf die *Pariser Kommune* und bewachte als neukonstituierter Nationalstaat deren mörderische Niederschlagung durch die von Bismarck aus der Kriegsgefangenschaft losgelassene französische Armee.

*Drei Varianten von Kerneuropa-Modellen<sup>23</sup> je nach akuter Staatsraison:*

Bei allen drei deutschen Anläufen zur Weltmacht ging und geht es aus deutscher Sicht um die entscheidende Zwischenetappe Kerneuropa auf dem Weg zur ersehnten (Vor-)Machtstellung in Europa und dann in der Welt. Die europäische Großraumwirtschaft ist grundlegender ökonomischer Bestandteil der Kerneuropa-Konzepte. Ebenso gilt die Kontinuitätslinie einer völkischen Reichskonzeption statt nationalstaatlicher Föderation als grundlegendes politisches Konzept des deutschen Europakurses. Deutschlands Großmachtstrategen kennen und arbeiten seit der Reichsgründung 1871 je nach historischer Machtkonstellation mit drei Modellen Kerneuropas.

Kerneuropa-Modell I, das Westmodell:

Das karolingische Europa Karls des Großen um 800 unserer Zeitrechnung

– Ausdehnung: vom Atlantik bis zur Elbe, von Friesland bis Rom, von Barcelona bis Budapest; Strategische Dimensionen: der Schwerpunkt (Gravitationsachse) lag am Rhein; der Silberpfennig war die gemeinsame Währung; gemeinsame Amtssprache war Latein; es pflegte eine kluge Ostpolitik und beste Beziehungen zum Kalifen von Bagdad.

---

23 Kurz und bündig zur zentralen Stellung der Kerneuropa-Modelle in der deutschen Außenpolitik vor allem nach 1989, siehe: Wolfgang Michal, *Deutschland und der nächste Krieg*, Berlin 1995, S. 41 ff. Michal warnte schon 1995 vor der aufgekommenen deutschen Großmachtpolitik. Gut bürgerlich verfolgt er die Ideengeschichte eher verknüpfend mit nietzscheanischem Willen zur Macht und vermag die ökonomischen Triebkräfte der deutschen Weltmachtspolitik nach 1989 nicht zu fassen.

Massenhaft Dokumente zu deutschen Europastrategien, siehe: Reinhard Opitz (1994): *Die Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945*.

Anzumerken ist, dass die Dokumentensammlung die Kontinuität der deutschen Neuordnungspläne Europas bis 1945 reduktionistisch aus den ideologischen Versatzstücken der Partikularinteressen der Kapitalfraktionen herleitet, ohne empirischen Bezug auf den konkreten Entwicklungsstand des deutschen nationalen Gesamtkapitals und dessen historisch-spezifischen Ausprägungen des deutschen Staats und dessen Politiken in diesem Zeitraum.

Dieses Kerneuropa-Modell I<sup>24</sup> wurde während der Bonner Republik<sup>25</sup> von Frankreich und Deutschland, BDI/DIHT, CDU, SPD/DGB, GRÜNEN favorisiert. Es umfasste notgedrungen die EWG-Staaten, da in Mittel-Ost-Süd-Europa der militärisch aufgerüstete kommunistische Erzfeind stand. Zudem war damals schon klar – was in der gegenwärtigen „Euro-Krise“ überdeutlich wird –, dass die dazugehörigen Nationalökonomien ökonomisch wenigstens vergleichsweise ähnlich weit entwickelt sind. Das Kerneuropa-Modell I setzt sich faktisch in abgewandelter Form durch und wird nach dem Scheitern des Ostblocks praxisgerecht moduliert durch nachfolgende Modelle.

**Kerneuropa-Modell II, das Mitteleuropamodell:  
Das Reich Otto I., 962 bis Staufer, Salier, 1250**

– Ausdehnung: Deutschland, Ostfrankreich (Burgund), Norditalien, Brügge bis Zagreb, später Krakau und Riga, Marseille bis Lübeck. Preußenkönig Friedrich II. sah sich in dieser Tradition, Wilhelm II. und Hitler ebenfalls, und auch heute werden Elemente dieser alten Achsenbildung genutzt. Als sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 die zuständigen westlichen Siegermächte bezüglich der neu-deutschen Souveränitätsvorstellungen zögerlich zeigten, zog die deutsche Diplomatie ungeniert drohend diese Karte der Abwendung vom Westen. Was die Achse Berlin – Paris als „Motor“ der EU-Integration in Frage stellte.<sup>26</sup>

**Kerneuropa- Modell III:  
deutsch-römisches Imperiumsmodell aus der Zeit der Paulskirche von 1848**

Variation des ottonisch-staufischen Modells<sup>27</sup>: den Kern bilden Österreich-Ungarn und Deutschland. Popularisiert wurde es – wie vorstehend charakterisiert – zwecks Kriegsziele-Propaganda vom damaligen Führer der Liberalen, dem Pfaffen Friedrich Naumann, 1915 in seiner Schrift: *Mitteleuropa*. Grundsätzlich formuliert hatte es schon 1841 – wie vorhin angeklungen – Friedrich List.

24 Die Staaten dieses unhinterfragten wirtschaftsgeographischen Raums waren auch der Adressat einiger idealistischer westeuropäischer Europa-Bewegungen nach 1945 – gerade auch aus den westlichen kommunistischen Widerstandsbewegungen gegen Nazideutschland. So z.B. der 1946 gegründeten *Union Europäischer Föderalisten* als europaweiter Zusammenschluss verschiedener nationaler Vereine mit dem Ideal eines europäischen Bundesstaates. Die UEL ist wie 30 andere Organisationen Mitglied der 1948 auf dem „Europa-Kongress“ in Brüssel gegründeten *Europäischen Bewegung* (EB). Dieser Zusammenschluss propagiert eine demokratisch legitimierte Föderation der europäischen Nationalstaaten zu einem Bundesstaat. Es sei auf die Kontinuitätslinie insbesondere der SPD hingewiesen, die 1926 die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa als Ziel in ihr Parteiprogramm einbauten. Dies geschah unter dem Eindruck der Versöhnung Deutschlands mit Frankreich nach der Konferenz von Locarno 1925, dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund 1926 und der Vergabe des Friedensnobelpreises 1926 (sic!) an den Initiator Stresemann und den französischen Protagonisten Briand. Hierauf wird später bei theoretischen Fragen zur Möglichkeit und Grenzen kapitalistischer VSE noch zurückgekommen.

25 Das widerspricht nicht der Tatsache, dass die westlichen Siegermächte der BRD die Westintegration aufzwingen und der außenpolitische Handlungsspielraum der BRD nach 1949 bis zum Deutschlandvertrag 1955 von den Westalliierten sehr eingeengt war. Die BRD musste Vorleistungen zur Westintegration erbringen, um schrittweise innen- und außenpolitische Souveränität zu erlangen: Anerkennung der Vor- und Nachkriegsschulden, Beitritt zum Europarat, Gemeinsame Kohle- und Stahlunion, Europäische Verteidigungs Gemeinschaft (EVG) und dann NATO. Siehe sämtliche Beiträge, insbesondere Ludolf Herbst, Stil und Handlungsräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Herbst, Ludolf, Bühner, Werner, Sowade, Hanno (1990): Vom Marshall Plan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, R. Oldenbourg Verlag München; Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, Band 30

26 Siehe nachfolgend zum Schäuble-Lamers-Papier von 1994.

27 Sachse, Carola (Hrsg.) (2009): Mitteleuropa« und »Südosteuropa« als Planungsraum – Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, Wallstein Verlag Göttingen

Wer nun denkt, die Reichsidee mit den Kerneuropa-Konzepten sei alter Tobak, sollte die einfühlsame deutsche Propagierung der Reichsidee mittels EU-gesponserten archäologischen Prunk-Ausstellungen zumindest wahrnehmen und ideologisch gewichten. Immerhin beförderte eine mittelintensive online-Suche unsererseits deren sieben zwischen 1996 und 2006 ans Tageslicht. Im Inhaltsverzeichnis des Katalogs der 2006 im Deutschen Historischen Museum Berlin gezeigten Protz-Ausstellung: *Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation 962-1806, Ausstellungsteil „Altes Reich und neue Staaten 1495–1806“* findet sich beispielsweise folgender scheinbar harmlose Abschnitt:

„VIII. Sehnsucht nach dem Reich – ‚Des Reiches Herrlichkeit‘

1. Wiederbelebung auf dem Wiener Kongress?

2. Reichsromantik, Denkmäler und Nationalbewegung: ‚Nach deutscher Art‘

3. ‚Was geht das Reich uns heute an?‘ – Das Reich als Modell?<sup>28</sup>

Dass sich die Berliner Republik dabei unhinterfragt auch die österreichische Kaiserreichszeit propagandistisch unter den Nagel reißt, unterstreicht die scheinbar unausrottbare preußische Chuzpe. Offensichtlich versucht die staatliche Propagandaabteilung, den deutsch-zugerichteten Durchschnittsbürger in halb-feudalistischer völkischer Ideologie von der *Gemeinschaftlichkeit, in der alle in einem Boot sitzen*, gefangen zu halten. Daher wundert es nicht, dass Länder wie Frankreich und die Niederlande, wo der Durchschnittsbürger die moderne Nation freier *Bürger* lebt, denkt und empfindet, die Wanderausstellungen dankend ablehnten.

Wie vorstehend erwähnt und später ausgeführt wird, griff Deutschland bei seiner obrigkeitstaatlichen Gründung als Nationalstaat 1871 ideologisch notgedrungen auf seine vermeintlich große Reichs-Geschichte zurück. Denn die Bourgeoisie hatte aus Angst vor dem aufkommenden proletarischen Feind nur eine feige bürgerliche Revolutionsepoche zustande gebracht, die keine hehren bürgerlichen Phrasen hergab. Autosuggestiv Kontinuität vorgaukelnd, nannte es sich in Anlehnung an das ottonische-stauffersche erste Kaiserium des *römischen Reiches deutscher Nation zweites deutsches Kaiserreich*. Teil dieser feudalen Auffassung vom Nationalstaat als Reich waren die unbestimmten Grenzziehungen jenes römischen Reiches deutscher Nation. Deutschland war im 19. Jahrhundert des feudalen Flickenteppichs da, wo deutsch gesprochen wurde. Und diese Art „Deutsch“ war der Bevölkerungszahl und Siedlungsgeschichte nach die entschieden größte Sprachgruppe, selbstüberhöhte „Kulturnation“ in Kontinentaleuropa. Schon daraus entsprang nach 1871 auf Grundlage des dynamisch wachsenden nationalen Gesamtkapitals ideologisch der behauptete Führungsanspruch und die „Verantwortung“ für die einigende Neuordnung von Europas Kleinstaaterei durch den Wilhelmismus.

28 Aus: Historische Ausstellungen zur Propagierung der germano-zentrischen REICHsidee

<http://www.mxks.de/files/nation/GermEU.pdf>

Siehe dazu auch die dortige Endnote 18:

„Newsletter vom 29.08.2006 – Überstaatliche Ordnung

BERLIN/MAGDEBURG/WEIMAR (Eigener Bericht) – Das europaweite deutsche Reich mittelalterlichen Zuschnitts kann als Modell für den Zusammenschluss der heutigen EU-Staaten gelten. Dies erklärt der Berliner Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann. Demnach offenbare erst die Erinnerung an das Heilige Römische Reich deutscher Nation die ‚innere, historische Folgerichtigkeit‘ von Gründung und stetiger Erweiterung der EU. Die Äußerungen bereiten die Berliner Feiern zum 50. Jahrestag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vor, zu denen Bundeskanzlerin Merkel den deutschen Papst Joseph Ratzinger eingeladen hat. Ratzinger ist engagierter Befürworter der ‚Reichsidee‘ und soll in der deutschen Hauptstadt über die ‚geistigen Grundlagen‘ Europas sprechen. Die Regierungsoffensive zur Revitalisierung der Reichsidee unterstreicht den deutschen Führungsanspruch in der EU und bestätigt Befürchtungen in Frankreich, Großbritannien und fast sämtlichen Staaten Osteuropas. Teile der deutschen Eliten warnen vor einer allzu offenen deutschen Hegemonialpolitik.“

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56480>



Nachdem der erste militärische Neuordnungsversuch zur Schaffung einer europäischen Großraumwirtschaft als Zollunion 1914 bis 1918 scheiterte, machte sich der Mann mit dem Schnurbärtchen aus Österreich ans unausgegorene Werk, das *Dritte deutsche Reich* als völkisch geordnetes *Pangermanisches Reich* (nach dem Sieg über Frankreich 1940) und nach der Stalingrad-Wende 1941 als *Neues Europa*<sup>29</sup> unter aktiver Beteiligung faschistischer Kollaborateure in den unterworfenen Ländern zu errichten und dann „natürlich“ die-ganze Welt zu beherrschen. Das Ganze geriet zum Desaster im historisch unvergleichlichen Maßstab.

Der 1991 offiziell ausgerufene Drang und Wille zur deutschen Weltmachtrolle auf Grundlage deutscher ökonomischer Vorherrschaft in der EU rief 20 Jahre lang den Widerspruch der EU-„Partner“ hervor, ohne dass der deutsche Michel was davon wissen wollte. In der jetzigen Phase der Staatsschuldenkrise versucht nun das Hauptgläubigerland BRD mittels fiskalpolitischer Instrumente die Neuordnung Europas Richtung *Vereinigte Staaten von Europa (VSE)* weiter zu treiben. Nach Herrn Kauder wird nun in Europa – endlich – deutsch gesprochen.

Wenn im Ausland zunehmend vom *vierten Reich* gesprochen wird, sei hier nochmals daran erinnert, dass der neue deutsche Erzengel Angela keineswegs nur mit Adolfs Schnurbart karikiert, sondern gerade in England mit der wilhelminischen Pickelhaube gekennzeichnet wird, weil dort die deutsche Außenpolitik nach 1989 – zurecht, wie sich herausstellen wird – als Wiederaufnahme der Großmachtspolitik des Wilhelmismus begriffen wird, der Englands führende Weltmachtstellung nach 1900 zu brechen trachtete.

Die Bundeszentrale für politische Bildung führt folgende Definition zum Stichwort „Kerneuropa“:

„Europapolitische Vorstellung, wonach eine Gruppe von Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union (,Kern‘) eine verstärkte Integration anstrebt, während andere, weniger integrationswillige Staaten eine weitreichende Zusammenarbeit z.B. in den Bereichen Währungs- oder Verteidigungspolitik ablehnen (dauerhaft abgestufte Integration)“.<sup>30</sup>

Die BpB folgt hiermit dem scheinbar unverfänglichen EU-Integrations-Konzept des Schäuble-Lamers-Papiers<sup>31</sup> der CDU/CSU-Fraktion vom 1. September 1994 – dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen –, das die ursprünglichen sechs EWG-Staaten als „Kern“ Europas fasste. Das Kerneuropa der EWG des Schäuble-Lamers-Papiers entspricht obigem karolingischen Kerneuropa Modell I.

Das grundlegende Verhältnis zu den EU-Partnern ist in jenem Papier diplomatisch verpackt zugleich implizit mit Blick auf die allen europäischen Ländern seit hundert Jahren<sup>32</sup> gegenwärtige Bedrohung durch Deutschland gefasst. Im Abschnitt „Deutschlands Interessen“ heißt es Eingangs:

„Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte ein besonderes Interesse, ein Auseinanderdriften Europas zu verhindern, durch das es in seine alte Mittellage zurückversetzt würde. Diese Lage zwischen Ost und West hat es Deutschland in der Vergangenheit erschwert, seine innere Ordnung eindeutig auszurichten und eine dauerhaft stabile außenpolitische Balance zu errichten. Die Versuche,

29 Grunert, Robert, (2012): Autoritärer Staatenbund oder nationalsozialistischer Großraum? „Europa“ in der Ideenwelt faschistischer Bewegungen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 9 (2012), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Grunert-3-2012>

30 <http://www.bpb.de/wissen/NNQWQD> nach Quelle: Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005, 2009 aktualisiert.

31 Schäuble/Lamers-Papier: Überlegungen zur europäischen Politik <http://www.ducsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (1994)

32 Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005, S. 211-218, S. 232-242.

diese Lage im Zentrum aller europäischen Konflikte durch die Errichtung einer Hegemonie zu überwinden, scheiterten. Die militärische, politische und moralische Katastrophe 1945 als Folge des letzten dieser Versuche ließ Deutschland nicht nur erkennen, daß seine Kräfte hierzu nicht ausreichen, sie führte vor allem zu der Überzeugung, daß Sicherheit nur durch eine grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems gewonnen werden kann, in dem Hegemonie weder möglich noch erstrebenswert erscheint. Diese Überzeugung ist zur Maxime deutscher Politik geworden. So konnte im Westen das Problem ‚Sicherheit vor Deutschland‘ durch ‚Sicherheit mit Deutschland‘ gelöst werden. Dieses neue System verband also die Kontrolle Deutschlands durch seine Partner mit der Kontrolle der Partner durch Deutschland.“<sup>33</sup>

Diese Sprachregelung kommt schon näher an den „Kern“ von Kohls drohendem Rausen, dass das Gelingen der Einigung Europas über Krieg und Frieden in Europa entscheidet. Da mag Herr Schäuble noch so sehr suggerieren: gerade die letzte militärische Niederlage „ließ Deutschland ... erkennen“, dass es sich überschätzt hatte. Denn: überschätzt sich die BRD des gegenwärtigen Finanzminister-Dompteurs der EU als scheinbar unverwundbarer ökonomischer Hegemon nicht schon wieder?

Im Hinblick auf die deutschen Interessen einer EU-Osterweiterung drohte das Papier schon mal klar mit dem deutschen Sonderweg eines Kerneuropa-Modells III, wenn die West-„Partner“ die deutschen Vorstellungen der EU-Integration der MOE-Staaten blockieren sollten:

„Ein stabilitätsgefährdendes Vakuum, ein Zwischen-Europa darf es nicht wieder geben. Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen. Das aber würde seine Kräfte bei weitem überfordern und zugleich zu einer Erosion des Zusammenhalts der Europäischen Union führen, zumal die geschichtliche Erinnerung daran, daß die Ostpolitik Deutschlands in der Geschichte im wesentlichen im Zusammenwirken mit Rußland auf Kosten der dazwischen liegenden Länder bestand, noch allenthalben lebendig ist.“<sup>34</sup>

Hier wird in „traditioneller Weise“<sup>35</sup> mit dem großpreußischen Zaunpfahl des Kerneuropa-Modells III gewunken und mit einem deutschen Sonderweg in Abwendung vom Westen gedroht. Selbst wenn Schäuble mit dem Eingeständnis der begrenzten deutschen Kräfte kokettiert: Das Kohlsche Rätsel vom potentiellen Krieg und gefährdeten Frieden in Europa wird hierbei ein weiteres Stück weit gelüftet.

Das Schäuble-Lamers-Papier forderte zur Stabilisierung der EU im Zuge der angestrebten Osterweiterung eine tiefere Integration bis hin zu einer dem französischen Sprachgebrauch geläufigen „Föderation“: Zugleich wird entsprechend der deutschen Vorstellung tiefstapelnd von einer „politischen Union“ gesprochen, vorangetrieben unter dem Slogan „Den festen Kern festigen“, in der die „Währungsunion den harte(n) Kern der politischen Union“<sup>36</sup> bilde.

Die „Härte“ des währungspolitischen Kerns bekommen die EU-„Partner“ Deutschlands seit 2011 zu spüren. Die Staatsschuldenkrise erweist sich als deutscher Hebel zur fiskalpolitischen Union als erhofftem Zwischenschritt zur vollständigen politischen Union.

33 Schäuble/Lamers-Papier: Überlegungen zur europäischen Politik  
<http://www.ducsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (1994) Seite 2

34 Ebenda, Seite 3

35 Zur Frage der Kontinuität in der Mittel-Süd-Ost-Europa-Politik wäre zurückzugreifen auf: Jürgen Elvert, Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945), Stuttgart 1999, S. 21-26.

36 Schäuble/Lamers-Papier: Überlegungen zur europäischen Politik  
<http://www.ducsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (1994)

Mit der unverhohlenen Geste des geschichtlichen Siegers (von 1989), der z.B. bezüglich Mittel-Ost-Europa auch anders kann, fordert das Papier seinen Juniorpartner Frankreich zu diesen Schritten auf und noch dreister, dazu, sich ausgerechnet in der Außen- und Sicherheitspolitik mit Deutschland „eng“ abzusprechen<sup>37</sup> – gerade mal zwei Jahre nach dem Alleingang Deutschlands in der Frage der Anerkennung Kroatiens. Seither wird das deutsche Mantra „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ von jedem unwilligen EU-„Nachzügler“ als Drohung des preußischen Dorfschulmeisters verstanden, notfalls den erzwungenen EU-Kanon mit dem Rohrstock des Musterschülers eingebläut zu bekommen. Jedenfalls sollen die Unwilligen und Nachzügler bezüglich des Vorrückens der EU-Front ohne Vetorecht bleiben.

Was im Schäuble-Lamers-Papier so harmlos als gewährleistete gegenseitige politische Kontrolle alter Kriegsgegner jenseits jeden Hegemonie-Anspruchs daherkommt, war tatsächlich schon spätestens mit der „Wiedervereinigung“ Deutschlands 1989 von der ökonomischen Führung Deutschlands in dessen politische Hegemonie in Europa umgeschlagen.

Mit der faktischen Annexion/Anschluss der DDR durch die BRD eröffnete sich zugleich ein Machtvakuum in Mittel- und Osteuropa, das dem nationalen Gesamtkapital Deutschlands praktisch regelrechte Sonderwirtschaftszonen vor der Haustür bescherte. Die deutsche Politik setzte alle Hebel in Bewegung, die devisenlosen vormaligen staatsmonopolistischen RWG-Länder an die EU zu binden. Deutschland rückte von seiner EWG-Randlage vor 1989 geopolitisch wieder ins Zentrum Europas und konnte darangehen, das bis 1989 existierende Kerneuropa-Modell I mit den Kerneuropa-Modellen II und III nach Gusto zu modifizieren. Frankreich verlor seine hervorragende politische EWG-Stellung endgültig an Deutschland.

Die BRD nutzte das Machtvakuum auf dem Balkan als Probeterrain ihrer völkischen Separationspolitik und gewann mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens die Vorherrschaft auf dem Balkan als ihren von ihr als „natürlich“ angesehenen Hinterhof. Gleichzeitig wurde der EU-„Anschluss“ Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens für 1995 angepeilt. In Westeuropa ging die Angst vor einer Pangermanisierung<sup>38</sup> Europas um und erinnert sei an Maggie Thatchers Akzentsetzung von Ende 1993, wer sich worin verankern wolle.

Die Außenpolitik der BRD von 1989 bis zu den Maastricht-Verträgen 1992 war ein Blitzkrieg, der Deutschland einen großen machtstrategischen Sprung nach vorne brachte, einschließlich des ersten Anstinkens 1991 gegen die Hegemonialmacht USA im Golfkrieg II.

Die USA sahen sich gezwungen, Deutschlands Hegemonie in Europa anzuerkennen. Sie machte der BRD schon im Mai 1989 das Angebot der „Partners in Leadership“. Das war zugleich der politische US-amerikanische Einbindungsversuch der neuen unberechenbaren Mittelmacht in Kontinentaleuropa. Seither fordert die USA die BRD auf, machtpolitische Verantwortung zu übernehmen – selbstverständlich unter ihrer Führung. Damit wendete sich die USA von der 45 jährigen europäischen „Special Relationship“ mit Großbritannien ab. Hierauf wird später im Zusammenhang mit der den Ausführungen zur Außenpolitik der Berliner Republik nach 1990 zurückgekommen.

---

37 Da sich die EU-„Partner“ gerade in diesen Fragen bis heute den deutschen Interessen verweigern, rief der jetzige Gaukler von Schlösschen B. in seiner „Grundsatzrede“ zu Europas Zukunft im Februar 2013 geradezu nach „Bannerträgern“ statt „Bedenkentägern“ zur Durchsetzung dieser urdeutschen Forderungen an die EU-„Partner“. Die „Visionen“ des Bundespräsidenten waren nur der pastorale Neuaufguss solcher deutschen politischen Papiere wie der Herren Schäuble/Lamers oder der Dr. h.c. Fischer „Grundsatzrede“ zu Europa 2000: *Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*.

38 Außenpolitik – Angst vorm Koloß 09.08.1993 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691248.html>

Dass der deutsche Michel von all diesen Schritten nichts wissen wollte, sondern die von Kohl verkündete Weltmachtrolle mit einem dreigliedrigen Initiationsritus zur neuen deutschen Volksgemeinschaft nach Innen flankierte, wird später verhandelt. Im Abschlusskapitel des vorliegenden Teil I der Arbeit werden diese deutschen Hasardeur-Schritte der Außenpolitik der „freien Hand“ der Berliner Republik nach 1990 auf dem Weltparkett zum großen Teil skizziert.

In Teil II der Gesamtarbeit wird der Arbeitshypothese nachgegangen, dass und wie Deutschland seit Beginn der Europäischen-Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) 1957

- den Kurs einer am gerne zitierten Souverän vorbei obrigkeitsstaatlich organisierten tiefen Integration der europäischen Länder oder ihres „Kerns“ zu einem europäischen Bundesstaat mit eigenmächtigen supranationalen Organen und eigener Bundesverfassung
- gegen eine demokratisch legitimierte Föderation souveräner Nationalstaaten als politisch Gleichen unter Gleichen, ebenfalls mit einer eigenen Verfassung, nach französischem Konzept
- sowie gegen britische Vorstellungen eines europäischen Staatenbundes zwecks ausgebauter Freihandelszone

Schritt für Schritt durchsetzte.

Die ökonomischen, politischen und ideologischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten der zwei ersten und des dritten Anlaufs Deutschlands zur Neuordnung Europas werden dort genauer beleuchtet.<sup>39</sup>

Zugleich wird dort die theoretische Anstrengung unternommen, das empirische Material als Beleg für die Unmöglichkeit eines friedlichen Gelingens von *kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa* (VSE) auf den Begriff zu bringen. Als Grund hierfür wird die sich verschärfende Konkurrenz der nationalen Gesamtkapitale auf dem Weltmarkt und die dadurch bedingten gegensätzlichen Politiken der Nationalstaaten innerhalb der EU inhaltlich ausgeführt. Gelingen kann anstatt erhoffter VSE nach deutscher Fassung höchstens die *Zwangsgemeinschaft-der-Vasallen-Deutschlands-in-Europa* (ZVDE).

Die ZVDE wäre das Resultat einer fortwährende Zerrüttung der nationalen Gesamtkapitale der EU-„Partner“-Staaten bis hin zu ihrer Unterwerfung unter, Zurichtung durch und Integration in das nationale Gesamtkapital Deutschlands, gipfelnd im entsprechendem politischen Kotau der „Partner“ in Form ihres quasi „kalten Anschlusses“ an Deutsch-EURO-land.

Seit 2011 lässt sich diese Zerrüttung und Unterwerfung beispielsweise im zentralen industriellen Produktionszweig des Automobilbaus beobachten. Die französische und italienische Konkurrenz wird durch die deutschen Autobauer vernichtend niederkonkurriert. Insbesondere der aufgeblühte Wagen des deutschen Volkes mit seinen ein Dutzend eingesackten europäischen Marken walzt die Massenproduzenten Italiens und Frankreichs platt. Auf den Zeitpunkt des Einsatzes nationaler protektionistischer Maßnahmen der unterlegenen Nationen wird gespannt gewartet. Es sei denn, die Situation ist schon so verfahren, dass Frankreich und Italien in einem ihrer zentralen Industriezweige die Waffen vorzeitig strecken. Was wohl kaum ohne politische Friktionen über die Bühne gehen dürfte.

Übrigens legt schon eine skizzenhafte Analyse des deutschen Wegs zur politischen Vormacht in der EU den Schluss nahe, dass spätestens der deutsche Druck zur Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GASVP) den Wendepunkt hin zum deutschen Absturz vom jetzigen hegemonialen Zenit Deutschlands über die EU markiert – falls die zwanghafte Aufrechterhaltung einer Euro-Währungsunion stark ungleichmäßig

39 Siehe beispielsweise die Beiträge in: Sandkühler, Thomas (Hg.) (2002): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920 – 1960, Wallstein Verlag Göttingen; Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 18

entwickelter Mitgliedsstaaten<sup>40</sup> nicht schon der Sargnagel der EU-Hegemonie der BRD ist. Der Gesamttext ist so fokussiert, dass in Teil III Schlüsse für die anstehenden Aufgaben einer Emanzipationsbewegung des Proletariats in Deutschland gezogen werden können.

Die dritte abenteuerliche Runde des Kampfes um eine ökonomische und politische Weltmachtstellung Deutschlands, diesmal als deutsches Euro-Spiel, ist inzwischen in das „Endkampfstadium“ getreten, wiederum ohne Aussicht auf den „Endsieg“. Der derzeitige deutsche Michel ist ein Musterexemplar dafür, wie die propagierte nationale Ideologie die Individuen soweit im Griff hat, dass sie die ernste internationale Konfrontation mit Deutschland als *objektivem ökonomischen und politischen Aggressor der Gegenwart* nicht wahrzunehmen im Stande sind, obwohl die ausländische Presse jetzt in der sogenannten Euro-Krise aus allen Rohren gegen Berlin feuert. Wie stets in der deutschen Geschichte versteht sich „der“ Deutsche als „Volk“ wieder einmal als Opfer der anderen.

Notfalls wird Deutschland in einer scharfen Weltwirtschaftskrise eine *Kerneuropa-EU-RO-Zone der Staaten ähnlich hoher Produktivität* heraus treiben *müssen*<sup>41</sup> und dabei Län-

40 Reflexionen über den unterschiedlichen Entwicklungsgrad der nationalen Gesamtkapitale siehe: c. Ieveler: „Beitrag zur Diskussion über die tendenzielle Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale“ ( Frühjahr/Herbst 2006 ) Empirische Annäherung an die Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale. In kritischer Auseinandersetzung mit den theoretischen Anstrengungen von Guenther Sandleben: Nationalökonomie und Staat (VSA-Verlag 2003). <http://www.mxks.de//files/ag/global06n.html>

41 Kosma Poli & Lee Tan: „Über die ungleichmäßigen Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die Niedergangphase der Nationalstaaten“ ( 09/2007 )

Die ökonomische Skizzierung der EU-Staaten legt den Schluss nahe, dass die entwickelten Nationalstaaten in ihre Zerfallsperiode übergehen.

<http://www.mxks.de//files/nation/UngleichmaessigeEntwicklung.pdf>

Und so sehen laut gfp die Krisenszenarien für die EU nach Analysen aus der Friedrich-Ebert Stiftung aus:

#### **„Die Perspektiven der Krise 20.03.2013**

BERLIN (Eigener Bericht) – In einer aktuellen Analyse entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) vier mögliche Szenarien für die künftige Entwicklung der EU unter dem Druck der Euro-Krise. Wie die Stiftung berichtet, hat sie letztes Jahr in einer Serie von Konferenzen in diversen europäischen Ländern ausgelotet, wie sich die Krise auf den Staatenbund auswirken könne. Das Resultat liegt in der nun publizierten Analyse vor. Demnach sei die Verdichtung der EU zu einer politischen Union ‚wünschenswert‘, aber nicht wahrscheinlich; eher sei mit der Bildung eines kleineren Zusammenschlusses um das deutsche Zentrum herum zu rechnen ( ‚Kerneuropa‘ ), bei gleichzeitigem Fortbestand der EU in Gestalt einer Art größerer Freihandelszone. In letzterem Fall sei ebenso mit einer dramatischen Verelendung der EU-Peripherie zu rechnen wie bei einem möglichen Totalzusammenbruch der Eurozone. Dieser wiederum habe das Potenzial, die Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Regionen der EU, etwa zwischen Nord und Süd, auf neue Eskalationsstufen zu treiben. Die Ebert-Stiftung ruft in Erinnerung, dass der Zerfall staatlicher Bündnisse durchaus gewaltförmig enden kann: Man müsse diese Gefahr ‚ernst nehmen‘, warnt sie mit ausdrücklichem Verweis auf das ehemalige Jugoslawien.

#### **Furcht vor Deutschlands Stärke**

Die neue Analyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung basiert auf zahlreichen Workshops und Diskussionsveranstaltungen, die im vergangenen Jahr in mehreren europäischen Staaten durchgeführt wurden. Thema war jeweils die Entwicklung der EU unter dem Druck der Krise. Wie die Stiftung schreibt, kristallisierten sich dabei insbesondere vier Szenarien heraus, die die Analyse nun der Öffentlichkeit zugänglich macht. Zusammenfassend heißt es, ganz allgemein sei ‚ein Bewusstsein für Deutschlands Stärke‘ im Rahmen der EU spürbar gewesen – ja sogar, ‚wenn auch unausgesprochen, eine Furcht‘ vor Berlin.<sup>[1]</sup> Diese habe alle vier Entwicklungsszenarien für die EU gleichermaßen überlagert.

#### **Durchwursteln**

Das erste Szenario, das die Ebert-Stiftung beschreibt, bezeichnet sie als ‚Durchwursteln‘. In ihm werde die aktuelle Krisenpolitik im Wesentlichen weitergeführt. Regelmäßig gebe es neue Spardiktate, allenfalls leicht gemildert durch eine vorsichtige Wachstumspolitik. Die Krisenstaaten der südlichen Eurozone müssten weiterhin mit ‚Rettungspaketen‘ gestützt werden; es komme in diesen Ländern aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und Verelendung immer wieder zu Armutsunruhen. Weltpolitisch sei

der wie Griechenland, Zypern, Malta, Portugal, Irland, Slowakei aus der Euro-Zone drängen sowie die Sezession von Pandania (Norditalien), Südtirol, Katalonien und Baskenland sowie Flandern protegieren wird. Diese Sezessionsstaaten zusammen mit Österreich, Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg und politisch notgedrungen Frankreich und Restbelgien (Wallonien) entspräche dann Kerneuropa-Modell I plus. Oder die BRD versucht gar, wenn es ökonomisch noch härter kommt, unter Ausschluss Frankreichs, Spaniens, Italiens und Walloniens eine Euro-Nord-Zone mit Österreich, Flandern, Niederlande, Deutschland und willigen skandinavischen Ländern ein Pan-Germanisches Reich zu errichten. Ob bei solchen Szenarien der EU-Binnenmarkt unbeschadet weiter funktionieren würde, ist mehr als fraglich.

---

die EU durch die fortdauernde Krise empfindlich geschwächt, in ihrem Inneren setzten ‚Wanderungsströme‘ aus dem perspektivlosen Süden in die Wohlstandszentren ein – eine Entwicklung, die Berlin inzwischen antizipiert und mit der Forderung zu konterkarieren sucht, ‚Wiedereinreisesperren‘ zu verhängen (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Wie die Ebert-Stiftung schreibt, gehe kaum jemand davon aus, dass ‚Durchwursteln‘ auf Dauer möglich sei; man müsse vielmehr mit größeren Unruhen in den Krisenstaaten rechnen, die zum Politikwechsel zwingen. Hinzu kommt, dass einflussreiche Kreise in Deutschland immer stärker darauf drängen, das Euro-Experiment zu beenden, weil es Berlin zu teuer zu stehen komme und man im globalen Machtstreben über nationale Alternativen verfüge. [3] Für April ist die offizielle Gründung einer deutschen Anti-Euro-Partei angekündigt, die dieser Überlegung Rechnung tragen soll.

### **Politische Union**

Als Erfolgsszenario wertet die Ebert-Stiftung dasjenige Szenario, in dem der Sprung in die vollständige Fiskalunion gelingt. Dabei würden sämtliche relevanten Kompetenzen an Brüssel übertragen, das eine weitgehende Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaftspolitik vornehme. Dazu gehörten die Angleichung der Steuersätze und die Harmonisierung der Sozialleistungen – sowie schließlich die Einführung einer umfassenden ‚politischen Union‘. Die Ebert-Stiftung räumt ein, dass dieses Szenario kaum eintreffen wird, weil ihm starke nationale Interessen entgegenstehen – nicht zuletzt übrigens das deutsche Interesse, eine Umverteilung eines Teils des nationalen Wohlstands in die Krisenstaaten Südeuropas ebenso zu verhindern wie die Aufgabe zentraler Souveränitätsrechte, die die dauerhafte deutsche Vormachtstellung gefährden könnte. Allerdings könne eine weitgehend vereinheitlichte EU darauf hoffen, urteilt die Stiftung, im Weltmaßstab deutlich stärkeren Einfluss zu erlangen: Ihr Euro würde zunehmend zur globalen Referenzwährung werden und finanzielle Ressourcen aus aller Welt anziehen können.

### **Kerneuropa**

Größere Wahrscheinlichkeit kommt der Ebert-Stiftung zufolge jedoch dem ‚Kerneuropa‘-Szenario zu. Die Staaten des europäischen Zentrums, die der Krise bislang am erfolgreichsten widerstanden, könnten sich demnach enger zusammenschließen, ohne die EU zu verlassen. Es entstünde ein Kern aus wohlhabenden Ländern, die die Fiskalunion vollendeten und sich auf eine politische Union hin bewegten, schreibt die Ebert-Stiftung; damit verliere jedoch die – ‚Kerneuropa‘ weiterhin überspannende – EU an Bedeutung und entwickle sich zu einer Art riesigen Freihandelszone. In diese könnten dann zwar auch Länder wie die Türkei integriert werden, doch sei klar, dass ein wachsendes Wohlstandsgefälle zwischen ‚Kerneuropa‘ und der Peripherie für Spannungen Sorge: Während in ‚Kerneuropa‘ ein gewisser Reichtum erhalten bleibe, drohe einigen Ländern der Peripherie ein ‚ökonomisches Desaster‘. Die Ebert-Stiftung weist darauf hin, dass dieses Szenario einen ‚potenziell nicht-demokratischen‘ Charakter trage: Die maßgeblichen Entscheidungen würden in ‚Kerneuropa‘ getroffen, auch wenn sie die gesamte fortbestehende EU in hohem Maße beträfen. Die Staaten der Peripherie würden also de facto vom deutsch dominierten ‚Kern‘ aus regiert. Abgesehen davon bestünden Zweifel, heißt es bei der Stiftung weiter, ob nicht mit schweren Unruhen an der Peripherie und deswegen mit einem Auseinanderbrechen der Eurozone oder gar der EU zu rechnen sei.

### **Disintegration**

Ein Auseinanderbrechen zumindest der Eurozone gilt der Ebert-Stiftung als viertes Szenario, das in Betracht gezogen werden muss. Gelingt es nicht, die Krise zumindest per ‚Durchwursteln‘ einzugrenzen, dann sei mit der Aufspaltung der gemeinsamen Währung zu rechnen, heißt es. Dabei könne um Deutschland herum ein Block mit einer neuen Gemeinschaftswährung entstehen – ein ‚Nord-Euro‘ wird in der Tat bereits diskutiert –, während vor allem die Krisenstaaten im Süden zu Drachme, Lira und Peseten

Ansonsten droht Deutschland beim Zerschlagen der Euro-Gemeinschaftswährung und Instabilität des EU-Binnenmarktes mit der Wiedereinführung der D-Mark als der „natürlichen“ nationalen Währung ein nicht zu unterschätzender politisch-ökonomischer Absturz am Weltmarkt. Und den anderen Nationalstaaten Europas erst recht.

Mit dem faktischen Zerfall des deutschen Kerneuropas wäre der geschichtlich dritte Anlauf Deutschlands zur Neuordnung Europas als arbeitsteiliger Großraumwirtschaft ad acta gelegt. Ob dies ohne Krawall oder Schlimmeres über die Bühne gehen kann?

Luxembourgs Chef Juncker, der als alter Haudegen der EU-Ära Einblicke hinter die Kulissen hat, malte sicherlich im März 2013 nicht nur aus wahltaktischen Gründen schon mal den Teufel an die Wand. Er verknüpfte die Zukunft der Eurozone mit der Frage von Krieg und Frieden in Europa. Demnach schlafen die Dämonen nur. Die von Herrn Kohl ins Spiel gebrachten Geister der Vergangenheit Europas sind nicht durch politische Beschwörungen zu bändigen, solange sie ökonomisch durch die nationalen Gesamtkapitale im Kampf um den kapitalistischen Weltmarkt stetig reanimiert werden. Immerhin ist der Versuch der „friedlichen“ europäischen Integration bis zu den VSE ein geschichtliches supranationales Projekt zuvor unbekannter politischer Qualität und unberechenbaren Ausgangs.

---

zurückkehren müssten. Der Zusammenhalt der EU erodiere, protektionistische Maßnahmen stellten selbst den Freihandel in Frage; im Süden drohe ‚eine tiefe Rezession einige Regionen zu verwüsten‘, was zu Massenauswanderung führen könne. ‚Feindseligkeiten zwischen europäischen Regionen‘, zum Beispiel ‚zwischen Süden und Norden‘, aber auch ‚zwischen Ländern‘ könnten stark zunehmen, gründend auch auf alten nationalistischen Stereotypen. Die ‚Disintegration der EU‘ schein in diesem Fall geradezu unvermeidlich. Dabei sei die Frage, heißt es bei der Ebert-Stiftung, ob sich die ‚Disintegration‘ nach sowjetischem oder nach jugoslawischem Vorbild vollziehe – also als eine weitgehend friedliche Auflösung wie im Falle der Sowjetunion 1991 oder als kriegerischer Zerfall wie zur selben Zeit in Jugoslawien. Die Möglichkeit, dass Letzteres eintrete, müsse ‚ernst genommen‘ werden, urteilt die Stiftung.

#### **Das Mezzogiorno-Syndrom**

Sollte das Zerfalls-Szenario eintreten, rechnet die Ebert-Stiftung mit dem Zusammenschluss einiger Staaten nach ‚kerneuropäischem‘ Modell um das deutsche Zentrum herum. Die Stiftung hält zudem ein ‚Mezzogiorno-Syndrom‘ für denkbar. Demnach könnten sich von den verarmenden südlichen Ländern einige wohlhabende Regionen abspalten, um dem wirtschaftlichen Absturz zu entgehen. Das gelte beispielsweise für Katalonien und für Norditalien. Tatsächlich treiben separatistische Kräfte die Abspaltung dieser Regionen derzeit mit aller Macht voran, zumindest partiell unterstützt von Deutschland (german-foreign-policy.com berichtete [4]). Schlössen sich die – wenigen – wohlhabenden Regionen des europäischen Südens einem deutsch beherrschten Kerneuropa an, dann könnte es Berlin gelingen, aus der Konkursmasse einer zerfallenden EU das Maximum an ökonomischer und politischer Macht für sich zu retten [5] – eine Variante, die lange Zeit als wenig wahrscheinlich galt, inzwischen aber selbst von Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik wie der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht mehr ausgeschlossen wird.

[1] Zitate hier und im Folgenden aus: Friedrich Ebert Stiftung: Future Scenarios for the Eurozone. 15 Perspectives on the Euro Crisis, March 2013

[2] s. dazu [Das Ende der Freizügigkeit](#)

[3] s. dazu [Die deutsche Transferunion](#) und [Nicht mehr lange im selben Club](#)

[4] s. dazu [Der Zentralstaat als Minusgeschäft](#) und [Der Zentralstaat als Minusgeschäft \(II\)](#)

[5] s. dazu [Wirtschaftskulturen](#)“

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58566>